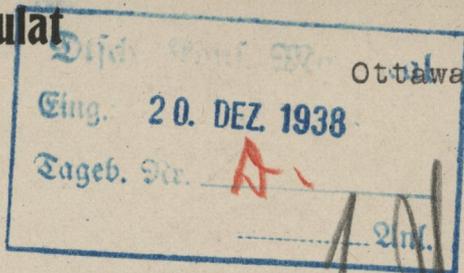


**Deutsches Generalkonsulat
für Kanada.**

zu J. Nr. 1251

1 Anlage



Ottawa, den 17. Dezember 1938

W

Anliegend uebersende ich ergebenst Abschrift
/ einer Meldung des Deutschen Dienstes - Nr. 554 - vom
25. November d.J. zur geeignet erscheinenden Verwertung.

*Kein Brief
20/11*

[Handwritten signature]

An das

Deutsche Konsulat
(Handelsattaché)
M o n t r e a l

20/11

W

*Na. Berichte über den Handel der Ver. Staaten
neues Abkommen?*

DEUTSCHER DIENST

NACHRICHTEN-SONDERDIENST DES DEUTSCHEN NACHRICHTENBUEROS - BERLIN
SW 68, CHARLOTTENSTRASSE 15b

Berliner Informationen, Drahtlicher Dienst aus dem In- und Ausland
mit ~~A~~Asien-Osteuropa-Dienst (AOD)

Telegramm-Adresse: CONTELUNION

R.D.K.N. Nr. 6.

Nr. 554. Abendausgabe. Berlin, 25. November 38.
(Sk)

Dumping der Vereinigten Staaten.

DD. R i o d e J a n e i r o, den 25. November
(Eigenber.)

In der Handelspolitik der Vereinigten Staaten hat sich vor kurzem ein interessanter Vorgang abgespielt. Vor einiger Zeit hat eine starke Weizenausfuhr der Vereinigten Staaten nach Suedamerika und insbesondere nach Brasilien eingesetzt, Der brasilianische Markt war seit Jahrzehnten von Argentinien mit Weizen versorgt worden. Dieses Weizengeschaeft ist in dem brasilianisch-argentinischen Warenaustausch seit jeher der wichtigste Posten gewesen. Natuerlich hat Argentinien sich dadurch geschaedigt gefuehlt, dass es jetzt ploetzlich von Nordamerika aus diesem gewohnten Geschaeft verdraengt wird. Die argentinischen Beschwerden waren umso berechtigter, als sich herausgestellt hat, dass die Regierung der Vereinigten Staaten neuerdings aus Regierungsgeldern erhebliche Ausfuhrsubventionen fuer diesen Weizen bezahlt, also ein echtes Dumping treibt.

Die Proteste der argentinischen Weizenfarmer und Weizen-Exporteure wurden daher immer lauter. Die argentinische Regierung erhob Proteste in Washington und Rio de Janeiro. Es drohte ein erster Konflikt. So unmittelbar vor der Eroeffnung der Pan-Amerikanischen Konferenz in Lima haette ein solcher Konflikt nicht in das Programm des freundnachbarlichen Pan-Amerikanismus gepasst.

Staats-

Staatssekretaer Hull hat es daher gegen seinen Kollegen Wallace vom Landwirtschaftsministerium durchgesetzt, dass einstweilen die Subventionierung der Weizenausfuhr nach Suedamerika wieder eingestellt worden ist.

Insoweit sind dieses freundnachbarliche Dumping der Vereinigten Staaten und der pan-amerikanische Zwischenfall einstweilen beigelegt. Die Angelegenheit hat aber noch eine andere Seite, die Deutschland besonders interessiert. Bekanntlich fuehren die Vereinigten Staaten seit zwei Jahren einen handels-politischen Kampf gegen Deutschland in Brasilien. Sie machen Deutschland zum Vorwurf, dass Deutschland auf dem brasilianischen Markte zum Schaden der nordamerikanischen Exporteure Dumping treibe. Mit dieser Behauptung haben die Vereihigten Staaten in Rio de Janeiro gegen den Abschluss eines neuen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Brasilien protestiert und den Abschluss auch tatsaechlich hintertrieben, im uebrigen mehr zum Schaden Brasiliens als Deutschlands. (Fortsetzung auf Abendausgabe A)

Tatsaechlich hat es sich bei Deutschland aber nicht um ein Dumping gehandelt. Es ist vielmehr so, dass die deutsche Industrie im Wege einer Selbsthilfeaktion fuer einzelne Waren den erheblichen Wettbewerbsvorsprung ausgleicht, den andere Laender, wie die Vereinigten Staaten, England, Belgien u.a. sich durch ihre freiwillige Waehrungsentwertung auf den internationalen Maerkten verschafft haben. Also eine durchaus berechnete und wohlbegruendete Massnahme. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn die Vereinigten Staaten, nachdem sie sich selbst die Dollarwaehrung entwertet haben, jetzt auch noch ihre Ausfuhr mit Regierungsmitteln subventioniert haben, also genau das tun, was sie Deutschland bisher - allerdings zu Unrecht - vorgeworfen haben.

Was die Vereinigten Staaten tun, ist wirklich Dumping. Es ist notwendig, dieses unaufrichtige Spiel der Handelspolitik der Vereinigten Staaten aufzudecken und den suedamerikanischen Staaten die Augen darueber zu oeffnen, dass die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihrer handelspolitischen Bevormundung Suedamerikas nur eigensuechtige Zwecke verfolgen.